Kritik am forschen Ausbau der Windkraft

Dahler Initiative geht erneut in die Offensive

■ **Paderborn-Dahl**. „Wird Dahl zum Windindustriegebiet?“, fragt die Dahler Wind-Initiative und ihr Sprecher Prof. Dr. Jürgen Baur. Der „Dahler Fall“ steht erneut zur Diskussion. Erst vor einigen Monaten habe der Bauausschuss über die Beibehaltung des 107. Flächennutzungsplans entschieden, der am Iggenhauser Weg – „aus guten Gründen und in Abstimmung mit den Anwohnern in Dahl“, wie die Initiative betont – eine Höhenbegrenzung der geplanten Windindustrieanlagen auf 100 Meter vorsieht. Nun seien die ersten Klagen der Investoren eingegangen, die Windtürme mit 186 m Höhe errichten wollen, wie die Initiative in ihrer Pressemitteilung zu berichten weiß.

„Die absehbare Folge: Die Windtürme werden den blickschützenden Waldgürtel bei weitem überragen und der Ort wird demnächst von allen Seiten mit Windindustrieanlagen zugestellt sein. Also muss der Fall neu aufgerollt werden“, betont die Initiative. Weil Dahl als Beispiel stehen könne für das, was sich derzeit vielerorts zum Leidwesen der betroffenen Anwohner abspiele, lohne sich eine Analyse der politischen Zusammenhänge aus der Perspektive der „doppelt gelackmeierten Bürger“.

Sie müssten nämlich nicht nur die im Erneuerbaren-Energie-Gesetz festgeschriebenen Windindustrie-Subventionen aus ihrer eigenen Tasche mit bezahlen, sondern darüber hinaus auch noch in unmittelbarer Nähe der Windindustrieparks leben. Vor diesem Hintergrund listet die Initiative in ihrer Pressemitteilung vier zentrale Punkte auf, die wir im Wortlaut wiedergeben:

◆ „Der ‚grüne' Minister Remmel treibt mit ungebremster Kraft und, trotz zunehmender Kritik von vielen Seiten, unbeirrt hinein in die Windindustrialisierung. Wo der Wind weht, soll auch gebaut werden. Privilegierung der Windindustrie ohne Wenn und Aber – auch in der Stadt Paderborn und im Kreis. So geht Energiewende in ihrer absolutistischen Form: zum gewinnträchtigen Wohlgefallen der Windindustrie-Profiteure, rücksichtslos gegenüber den besorgten, belästigten und belasteten Bürgerinnen und Bürger.“

◆ „Schützenhilfe von den Verwaltungsgerichten, die sich zwar bevorzugt in Formaljuristik ergehen, deren variierende juristische Bewertungen gleichwohl ständig sich ändernde Rechtsmaßgaben produzieren. Dies fernab von den konkreten örtlichen Standortproblemen, unter Druck gesetzt durch die anwaltlichen Klageschriften der geldmächtigen Investoren, und vor allem: nicht vertraut mit den Vorbehalten und Gegenargumenten der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Denn deren Einwände werden in den geläufigen Planungsverfahren vorab schon weggeblockt; und ohne juristischen Beistand können die Betroffenen mit ihren begründeten Vorbehalten sowieso nicht bis zu den Gerichten vordringen. Urteile ‚im Namen des Volkes', ohne dass das Volk überhaupt zu Wort kommt?“

◆ „Die Kommunen unter Planungszwang: Mit der Entwicklung von Flächennutzungsplänen soll der Wildwuchs in den für die Windindustrie privilegierten Außenbereichen abgewendet werden. Zugleich müssen ständig Planrevisionen vorgenommen werden, um sie der sich verändernden Rechtssprechung anzupassen. In vorauseilendem Gehorsam werden die Grenzen von vorneherein möglichst eng an der Wohnbebauung gezogen. Im Ergebnis: Dahl (Benhausen, Neuenbeken und demnächst womöglich auch noch andere Paderborner Randbezirke) wird künftig noch dichter umlagert, eingekreist und zugestellt von Windindustrieanlagen. Knapp 200 m hohe Windtürme in 700 oder 800 m Entfernung zum nächstgelegenen Wohnhaus! Schöne neue Welt – aber wer will dort noch wohnen und leben?“

»Kommunalpolitiker müssen Farbe bekennen«

◆ „Die Kommunalpolitiker in Erklärungsnot, die sich zwar gerne bürgernah geben mit ihren Versicherungen, den Bürgerwillen Ernst zu nehmen. Mit einer halbherzigen ‚Bürgerpolitik' unter Verweis auf die (politischen, juristischen, ökonomischen) ‚Sachzwänge' ist es aber jetzt nicht mehr getan. So lässt sich zwar die Verantwortung ‚delegieren', so setzt man aber auch seine Glaubwürdigkeit aufs Spiel. Die Kommunalpolitiker müssen Farbe bekennen! Wollen sie – zu Lasten der betroffenen Anwohner – einer rücksichtslosen Windindustrialisierung der Stadt und ihrer Vororte Vorschub leisten? Oder sehen sie sich als Volksvertreter in der Pflicht, sich – in Achtung des Bürgerwillens und mit Rücksicht auf ihre Bürgerinnen und Bürger – mit aller Kraft für einen sozialverträglichen Ausbau der Windenergie einzusetzen? Auch im Hinblick auf die anstehenden Kommunalwahlen sollte der ‚Dahler Fall' als Prüfstein für (oder gegen) eine Politik im Interesse der Bürger nicht aus den Augen verloren werden.“